

Sorauer Tageblatt

Verleger: Tageblatt Sorau-Niederlausitz

Verlags- und Annoncen-Konto:
Nr. 954 Berlin NW 7

(Sorauer Wochenblatt)

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Preis pro Nummer 22 und 37.

Giro-Konto
bei der Reichsbank

Erscheinungsweise (freibleibend): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 12—18. 11. 1923: In Sorau in den Ausgabestellen 60 Millionen M., ins Ausland 65 Millionen M., auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Ortsteile 60 Millionen M., der weiter gelegenen 65 Millionen M., ins Ausland 70 Millionen M., mehr, durch die Post bezogen monatlich: freibleib. — Wochenarten: nur der Geschäftsstelle Einsendung 2: 60 Millionen M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits-einstellung oder Unterbrechung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise mal Schlußjahr 200 Millionen: Dies gilt, Kolonelle für Stadt u. Kreis Sorau je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Geld- und Angebots) M. 6, alle anderen Anzeigen M. 9, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe für Familienanzeigen und Stellenmarkt (Geld- und Angebots) M. 16, alle anderen Anzeigen M. 24. Im Restenteil die 4 gelappten Kolonelle je Millimeterhöhe M. 30, auswärts M. 60. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgegeben, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabat nach jedem Satz, nur gültig bei Fortsetzung der Anzeigensatzung; bei späterer Zahlung, bei Kontofrei und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf Rabat.

Nummer 267

Mittwoch, den 14. November 1923

113. Jahrgang

Die Verhältnisse in Bayern

und noch weiterhin ungelöst. Es herrschen dort zur Zeit drei Bewegungen, 1. die Nationalsozialisten, 2. die Leute hinter Kahr-Gollw und 3. eine Bewegung, die sich um die Bayerische Volkspartei konsentriert.

Der bayerische Gelände in Berlin, von Frege, hat sich zu Beziehungen mit der bayerischen Regierung nach München begeben.

Die außerhalb Münchens verbreiteten Gerüchte über eine Ermordung des Generalstaatskommissars Dr. von Kahr entbehren jeder Begründung.

Zur Klärung von Kahrs Haltung.

München, 12. Nov. Die Blätter veröffentlichen ein ihnen jetzt bekannt gewordenes Schreiben des militärischen Führers des Kampfbundes, des Oberleutnants Kriebel, in dem dieser den Kampfbundorganisationen mitteilt, daß Dr. v. Kahr bereits in einer Besprechung am 6. November durch den Landeskommandanten und durch Oberst Seiser klar und unzweideutig erklärt habe, daß er fest entschlossen sei, gegen jeden Verband, der aus sich selbst heraus einen gewalttätigen Umsturz herbeizuführen suche, mit Waffengewalt vorzugehen. Die Leitung des Kampfbundes, der militärisch unter Kriebel und vollständig unter Hitler stand, mußte also ganz genau, was bevorstand, als sie am 9. November ihre Gefolgschaft gegen die Residenz führten.

München, 12. Nov. Nach privaten Mitteilungen hätten die Vertreter der Kampfbundverbände am Montag eine Besprechung mit Generalstaatskommissar Dr. von Kahr. Ueber das Ergebnis der Besprechung verläuft noch nichts Bestimmtes.

Einer weiteren Meldung aus München zufolge, hat das bayerische Staatsministerium dem Generalstaatskommissar ermächtigt, Verordnungen seiner Verfügungen durch bestehende oder einzuführende Sondergerichte abzuerteilen zu lassen.

Zur Lage in München

wird berichtet: In der Nacht zum Montag waren die Übergänge über die Stadtbahn durch Landespolizei gesichert. Die Passanten wurden einer Kontrolle unterzogen. Sittlerleute, die aus östlicher Richtung kamen, sorgfältig ausgereiht, ließ man ungehindert in die Stadt, da sie keine Waffen trugen. In den Straßen der Stadt waren die neuen Auftritte Kahrs angehängt worden, um die sich zahlreiche Passanten drängten. Sonst war das Straßenbild fast normal. Nur in der Ludwigstraße bildeten sich Gruppen, insbesondere von Studenten.

Montag vormittag wurden auf verschiedenen Straßen in den letzten Tagen gesessenen Landespolizisten beerdigt. Außer Abordnungen der Sunberkschaften der Landespolizei waren auch Vertreter der Regierung und der sozialdemokratische Bürgermeister Schmid dazu erschienen.

Daß bereits wieder eine gewisse Beruhigung in München eingetreten ist, zeigt der Umstand, daß die Polizeistunde nun am zwei Uhr verlängert wurde.

München, 12. Nov. Gegenüber anders lautenden Meldungen wird von zuständigen Stellen festgestellt, daß die Ausweisung lästiger Ausländer, insbesondere bedenklicher östlicher Elemente, fortgesetzt wird.

Studentendemonstration in der Universität.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“, der das einzige Berliner Blatt ist, das erscheint, aus München fand am Montag mittag in der dortigen Universität eine Studentendemonstration statt, in der die Stimmung noch erregter gewesen sei als am Sonnabend. Die beiden Redatoren der Universität und der Lehrfächer Hochschule sowie zwei Professoren verhielten vergeblich, auf die Studenten beruhigend zu wirken. Als erster Redner sprach Kapitän Ehrhardt, der erklärte, er stelle sich an die Spitze der nationalen Revolution und bitte die vaterländischen Verbände, sich ihm anzuschließen. Hinter ihm standen bereits vorher seinen eigenen Organisationen der Bund Oberland und die Wabaren. Die große Mehrheit der Versammelten schloß sich ihm an. Hierauf zogen die Versammelten auf die Straße und verhielten einen Demonstrationsszug zu bilden, der aber sofort durch Reichswehr auseinandergetrieben wurde. Daraufhin

Poincarés Ginnesänderung.

Paris, 12. Nov. Ministerpräsident Poincaré hat sich entschlossen, den Plan der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zu übernehmen. Er hat infolgedessen den französischen Delegierten in der Reparationskommission Barthou beauftragt, morgen der Reparationskommission vorzuschlagen, ein Sachverständigenkomitee zu ernennen. Dieses Sachverständigenkomitee soll sich aus Vertretern der Länder zusammensetzen, die im Reparationsauschuss vertreten sind.

Der Mißerfolg der französisch-amerikanischen Verhandlungen und der überaus ungnädige Eindruck, den Poincarés Verhalten in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat, scheint Poincaré nun doch nicht ganz gleichgültig gelassen zu haben. Die maßgebenden Persönlichkeiten des Staatsparlamentes und des Weissen Hauses haben zu verstehen gegeben, daß sie Frankreich für den Abbruch der Verhandlungen verantwortlich machen, da Poincaré, nachdem er zunächst den Plänen Hughes' grundsätzlich zugestimmt habe, später Beschränkungen gefordert habe, die jede Unterbrechung zwecklos gemacht hätten. Das Bedauern in amerikanischen amtlichen Kreisen ist allgemein, denn der Präsident und viele seiner Mitarbeiter hegen die Hoffnung, daß eine unparteiische Untersuchung zur Aufstellung eines Zahlungsplans führen würde und die Verbindlichkeiten infolge dessen, sich nach einem mit den Zahlungen zusammenfallenden Zeitpunkt aus Deutschland zurückziehen. Ein derartiger Schritt hätte nach Ansicht der amerikanischen Regierung Deutschland die Möglichkeit gegeben, seine Wirtschaft in Ordnung zu bringen und Frankreich in großem Umfang der Notwendigkeit entzogen, selbst seine Reparation von Deutschland einzuziehen.

America und die übrige Welt erkennt immer mehr, was Zweck und Ziel von Poincarés Politik ist: Die Vernichtung Deutschlands.

Poincarés Lösungsversuch.

Paris, 12. Nov. Ueber den Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten erklärte der diplomatische Redakteur der Agentur Havas folgendes:

Um einen neuen Beweis seines Willens zu geben, kein Mittel unversucht zu lassen, um zu einer Lösung zu gelangen, hat der französische Ministerpräsident für sich den Vorschlag auf Einberufung eines Sachverständigen-Ausschusses in Anspruch genommen. Er weigert sich keineswegs, mit Deutschland in Verhandlungen einzutreten, nachdem der passive Widerstand beendet ist und die Beziehungen aus den Schattens in den vollen Licht der Öffentlichkeit gehoben sind. Poincaré hat deshalb den französischen Delegierten in der Reparationskommission beauftragt, von ihr zu verlangen, daß sie einen Sachverständigen-Ausschuss einberufe. In der Sitzung, die

die Reparationskommission morgen abhalten wird, wird Barthou im vollen Euerklärungsmit Poincaré die Initiative ergreifen.

Die Reparationskommission wird zu gleicher Zeit auf die deutsche Note vom 24. Oktober, in der die Kriegslohnformulierung die Änderung deutscher Sachverständiger über die Finanzlage des Deutschen Reiches veranlaßt, wiederum prüfen. Man erinnert sich, daß in Anbetracht der Verhandlungen, die mit den Vereinigten Staaten geführt wurden, Sir John Bradburn beantragt hatte, daß die Führung deutscher Sachverständiger hinausgeschoben werde. Heute sieht der Berichtung der Vertreter des Deutschen Reichs nicht mehr im Wege. Wenn, was natürlich ist, die Reparationskommission auch gleichzeitig beschließt, einen Sachverständigen-Ausschuss zu ernennen, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, so könnte dieses Komitee die Vorschläge prüfen, die die deutschen Delegierten im Laufe ihrer Ausführungen vorgebracht werden. Nach französischer Ansicht werde sich der Sachverständigen-Ausschuss nicht mit diesem Einverständnis begnügen. In erster Linie müsse der Ausschuss die Quellen des französischen Reiches von jetzt ab für die Finanzierung der Reparationen verwenden werden können. Endlich müsse er fragen, in welcher Weise Deutschland für die Sanierung seiner finanziellen Lage sorgen müsse. Die Arbeit der Sachverständigen müsse einen wesentlichen praktischen Charakter tragen und sich auf die unmittelbare Zukunft viel eher beziehen, als daß sie sich in hypothetischen Ermüdungen über die Prosperität oder über die zukünftigen Möglichkeiten Deutschlands erginge. Nach französischer Ansicht würde diese Kommission wahrscheinlich mindestens zwei Monate tagen. Schließlich hätte die Reparationskommission sich über diese Fragen auszusprechen und Empfehlungen zu treffen, die nach ihrer Ansicht geboten seien. Auf alle Fälle werde die Reparationskommission Deutschland keinen Betrag erlassen können, da der Artikel 234 des Versailler Vertrages dieses Recht nur den Regierungen zueräume. Dagegen werde die Reparationskommission Deutschland jeden Aufschub genehmigen können. Immerhin werde sie nicht inlande sein, falls genehmigte Zahlungen über das Jahr 1923 hinaus auszuführen. Der französische Delegierte würde hierzu nicht ermächtigt sein, da in der Reparationskommission für jeden Aufschub über diesen Zeitpunkt hinaus einstimmige Zustimmung erforderlich sei.

Noch in Haft.

München, 12. Nov. Von den in den letzten Tagen in Haft genommenen Persönlichkeiten werden noch festgehalten: Oberlandesgerichtsrat Boehmer, Oberamtmann Frid, Fürst Riede, Hauptmann Kochmann im Auto unter Bewachung von Offizieren abtransportiert. Er hatte nur eine Pressung an der Schulter.

Die Verhaftung Hitlers.

München, 12. Nov. Wie der Bayerischen Staatszeitung mitgeteilt wird, befragt es sich, daß der Führer der Nationalsozialisten, Hitler, am Sonntagabend in einer Villa in Mitten an der Pfaffenstraße verhaftet worden ist. Wie hier zu erfahren war, erfolgte die Verhaftung durch Landespolizei in der Villa Pfaffenstraße. Sodann wurde Hitler im Auto unter Bewachung von Offizieren abtransportiert. Er hatte nur eine Pressung an der Schulter.

Für Kahr.

München, 12. Nov. Wie aus Rosenheim berichtet wird, hielten die Chiemgauer dort eine stark besuchte Versammlung ab, die sich für Kahr erklärte.

Auch die vaterländischen Verbände Schwaben hatten einmütig eine Entschiedenheit, die der verfassungsmäßigen Regierung und Generalstaatskommissar Dr. von Kahr das volle Vertrauen ausdrückt.

Verhandlungsruhe.

Am Reichstag herrschte am Montag außerordentliche Stille. Nur wenig Abgeordnete waren im Saale. Die am Sonnabend unterbrochenen Verhandlungen zwischen den beiden Reichsparteien über die Ergänzung der Regierung durch deutschnationale Mitglieder ruhten am Montag vollständig. Auch Fraktionskassen fanden nicht statt. Erst heute sind wieder Fraktionskassen des Zentrums und der Deutschnationalen, während die Demokraten erst am Donnerstag wieder zusammenzutreten werden. Die übrigen Fraktionen haben überhaupt noch keine Sitzung abgehalten.

Die sozialdemokratische Partei bereitet einen Antrag auf alsbaldige Berufung des Reichstags vor, worüber der Fraktionsvorstand heute beschließen wird. Nach Artikel 24 der Verfassung muß der Reichstag am Reichstag berufen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder es verlangt. Die sozialdemokratische Fraktion ist stark genug, um dieses Erfordernis zu erfüllen, aber die Meinungen über die Auslegung jenes Artikels sind geteilt. Eine Meinung geht dahin, daß diese Verfassungsklausel nur auf die Zeiten einer formellen Verlegung des Reichstages bezieht, was jetzt nicht der Fall ist. Immerhin ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß frühestens Ende dieser Woche das Plenum berufen werden könnte. Der Reichstagspräsident Abbe wollte gestern abend mit dem Reichstagspräsident über die Einberufung des Reichstags sprechen. Diese hängt selbstverständlich auch davon ab, wann der Reichstagspräsident bereit ist, vor der Saale zu sprechen.

Wie der „Vorwärts“ meldet, empfing der Reichstagspräsident am Montag den Finanzreferenten des Reiches, um sich über die Lage im Reich und die Möglichkeit zu beraten. Um 7/5 Uhr nachmittags waren die Parteiführer zu Dr. Stresemann gebeten, der sie von dem Ergebnis der Besprechung mit dem Finanzreferenten unterrichtet. Bereits am Abend befand sich eine Kabinettsitzung mehrere Stunden mit den heute zu erörternden Fragen.

Zur Heimkehr des Kronprinzen.

London, 12. Nov. Nach der Press Association besteht Grund zu der Annahme, daß die britische Regierung mit der Ansicht der holländischen Regierung übereinstimme, daß es dem vormaligen deutschen Kronprinzen freistünde, Holland zu verlassen. Man sei der Meinung, daß seine Abreise nach Deutschland keinen Bruch des Versailler Vertrages bedeute.

Paris, 12. Nov. Der diplomatische Beauftragte der Agentur Havas erklärt, daß die englische Regierung gestern in Paris durch ihren Botschafter habe wissen lassen, sie sei der Ansicht, daß die Frage der Rückkehr des ehemaligen deutschen Kronprinzen nach Deutschland nicht von der Botschafterkonferenz zu behandeln sei, sondern auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege durch unmittelbaren Meinungsaustausch zwischen den alliierten Regierungen.

Die Botschafterkonferenz hat heute nachmittags 5 Uhr eine Sitzung abgehalten, in der eingegangenen deutschen Noten betr. Militärkontrolle und Rückkehr des deutschen Kronprinzen zu erörtern. Die Sitzung hat nur 15 Minuten gedauert; da die alliierten Teilnehmer keine Instruktion erhalten haben, haben sie beschlossen, ihren Regierungen Bericht zu erstatten und dann Mittwoch eine neue Sitzung abzuhalten.

Der neue Minister des Innern.

Dr. Jarres, der neue Minister des Innern ist 49 Jahre alt. Er ist in Reichsstadt geboren. Bis 1910 war er Abgeordneter in Köln, von 1910 bis 1914 Oberbürgermeister in Reichsstadt und seitdem Oberbürgermeister in Duisburg. Im Januar d. J. wurde er von den Befehlshabern ausgenannt. Dr. Jarres ist Mitglied und Vizepräsident des Deutschen Staatsrats und Präsident des Rheinischen Provinziallandtages.

Erklärung der deutschnationalen Beamten.

Berlin, 12. Nov. Der Hauptverband der deutschnationalen Beamten erklärt folgende Erklärung: In neuerer Zeit hat der Deutsche Beamtenbund enge Beziehungen zu dem Freien Gewerkschafts-Internationalen. Wir meinen Deutschen Beamtenbund aufgenommen

erfolgte die bereits gemeldete Schließung der Universität auf drei Tage.

München, 12. Nov. Heute nachmittag ist eine Bekanntmachung erschienen, daß infolge der studentischen Demonstrationen die Universität mit ihren Anstalten durch einstimmigen Beschluß des akademischen Senats, dem auch die studentische Vertretung einseitig beipflichtete, bis auf weiteres geschlossen wird. Die Verwaltung der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates hat sich dieser Maßnahme angeschlossen.

General Ludendorff

veröffentlicht in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Erklärung, in der er sagt, daß er die ehrenwörtliche Verpflichtung an Freitag nach dem Wutbad vor der Residenz nicht in dem Sinne abgegeben habe, daß er auf eine weitere Teilnahme an der völkischen Bewegung verzichtet. Er halte die völkische Bewegung allein für befähigt, eine wirkliche Bewegung Deutschlands und des deutschen Volkes herbeizuführen und werde sich ihr weiter widmen. Seine ehrenwörtliche Verpflichtung beziehe sich auf den Aufenthalt in München und auf die Enthaltung von staatsfeindlichen Bestrebungen während der Unterbrechung. Diese Verpflichtung habe er als Ehrenmann ohne Hintergedanken übernommen.